

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Staatsminister Banzer,

auch wir die Erzieherinnen und Erzieher der Stadt Riedstadt haben in den vergangenen Wochen unsere Arbeit niedergelegt. Wir wollten damit kundtun, dass auch wir hinter der Forderung nach einem Tarifvertrag zur Gesundheitsfürsorge stehen und dass wir auch bereit sind für eine Gehaltseingruppierung zu kämpfen, die unserer Ausbildung und Arbeit angemessen ist.

Es geht uns dabei nicht nur um Riedstadt. Unser Protest ist Teil einer bundesweiten Kampagne. Doch auch in Riedstadt ist wie überall spürbar:

- **Offene Stellen sind immer schwieriger zu besetzen, da sich immer weniger Menschen für diesen Beruf entscheiden.**
- **Qualifizierte Kolleginnen mit Berufserfahrung sind nur noch in Ausnahmefällen bereit ihren Arbeitgeber zu wechseln, denn: Wer will nach vielen Berufsjahren wieder mit Anfängergehalt arbeiten?**
- **Ein sich stetig erhöhender Krankenstand, Vertretungskräfte fehlen jedoch.**
- **Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten fünfzehn Jahren kontinuierlich verschlechtert.**
- **Die Arbeit ist in dieser Zeit immer komplexer und anspruchsvoller geworden.**
- **Die Anforderungen und Belastungen sind im gleichen Zeitraum ständig gestiegen.**
- **In der Folge ist ein enormer Anstieg der psychosomatischen Krankheiten (Burn out Syndrom) zu verzeichnen.**

Diese Situation wird sich noch verschärfen.

Doch auf Seiten der Arbeitgeber ist keinerlei Bereitschaft zu erkennen für eine höhere Anerkennung und Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Nach einem langen Verhandlungsmarathon sind die Tarifverhandlungen für die 220000 Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes ergebnislos abgebrochen worden. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hatte lediglich in einem von rund 50 Tätigkeitsfeldern ein Teilangebot hervorgebracht. Dies betrifft aber nur etwa 20% der Erzieherinnen und Erzieher. Auf den gesamten Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes bezogen heißt das, 95% gehen leer aus.

Auch die Verhandlungen zu einem Tarifvertrag zur Gesundheitsförderung sind in der Substanz keinen Schritt voran gekommen. Ver.di will einen individuellen Anspruch der Beschäftigten auf eine Gefährdungsanalyse des Arbeitsplatzes durchsetzen. Zum Stand der Verhandlungen darüber sagte Ver.di Vorsitzender Bsirske treffend,

„Die Arbeitgeber wollen sich von der Steinzeit ins Mittelalter bewegen. Aber wir brauchen Regelungen für die Neuzeit.“

Wir sind enttäuscht von der mangelnden Bereitschaft der VKA, zu einem tragfähigen Ergebnis zu kommen. Dieser Konflikt entscheidet auf Jahre hinaus über die Zukunft der Kinder und damit der Gesellschaft. Die Arbeitgeber spielen auf Zeit zum Nachteil der Menschen im Sozial- und Erziehungsdienst und der betroffenen Kinder und Eltern, denn wenn auch in der nächsten Verhandlungsrunde wieder kein akzeptables Angebot von Seiten der Arbeitgeber vorgelegt wird sind wir gezwungen den Arbeitskampf fortzuführen.

Wir fordern Sie auf: Unterstützen Sie die Forderungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Fordern sie die Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister auf, sich nicht länger hinter ihrem Arbeitgeberverband zu verstecken, sondern sich beim VKA stark zu machen für eine gerechte Entlohnung qualifizierter Erziehungs- und Bildungsarbeit und für einen tarifvertraglich verankerten Gesundheitsschutz.

Ein zweiter Punkt zu dem wir uns heute an Sie wenden ist die Entscheidung die angekündigten Mindeststandards in Kindertageseinrichtungen nicht wie versprochen zum 1. September 2009 in Kraft zu setzen. Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan ist ein wichtiger Grundstein für ein verändertes Bildungs- und Erziehungsverständnis und er stellt hohe Anforderungen an uns Fachkräfte. Die Umsetzung des HBEP, die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und die hohen Erwartungen von Eltern an frühkindliche Bildung und Betreuung fordern einen erhöhten Personalbedarf. Auf diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, dass die Mindeststandards, mit der Betonung auf „Mindest“, nicht zum nächsten Kita-Jahr umgesetzt werden müssen.

Wir fordern Sie auf: Sich stark zu machen, dass die Diskussionen um die Finanzierung der qualitativen Verbesserung frühkindlicher Bildung und Betreuung beendet wird. Tragen Sie dafür Sorge, dass die Kommunen nicht nur finanzielle Unterstützung erhalten zur Investition in den Ausbau des Betreuungsangebotes sondern auch zur qualitativen und personellen Verbesserung.

Mit freundlichen Grüßen,

Die Riedstädter Erzieherinnen, der Gewerkschaft Ver.di

Im Auftrag

Mechthild Herbst,

Ver.di Vertrauensfrau

